

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 160 M. Durch die Post monatlich 180 M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Verbandsbüro, 14, Fernstr. 1047 u. 2251. Geschäft 7-5 Uhr. Schriftleitung: Fernstr. 1045. Sprechzeit 12-1 u. 4-5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.- M. für den Wählerkreis Halle und Umkreis; 20.- M. für den Wählerkreis außerhalb des Wählerkreises Halle. Anzeigen bis nachmittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. - Verlagskonto: Leipzig 1068 43, Fritz Koch, Halle

Einzelpreis 7 Mark

Dienstag, den 17. Oktober 1922

2. Jahrgang, Nr. 243

Der Reichsausschuss der Betriebsräte an die Werktätigen

An die Arbeiter, Beamten, Hausfrauen! An alle Gehaltsempfänger und Invaliden!

Keiner von denen, die Euch Hilfe versprochen in Eurer Not, hat Euch geholfen.

Keiner von ihnen wird Euch helfen, keiner kann Euch helfen. Eure Not wird von Tag zu Tag größer. Wo ist der Arbeiter, wo der Beamte, wo der Gehaltsempfänger, der heute wüsste, was er morgen auch nur essen wird? Wer weiß, wovon er sich leben kann? Wer kann seine Wohnung heizen? Wer hat auch nur eine ausreichende Wohnung?

Der Marktwert im August hat breiteste Schichten der Bevölkerung in Erregung gebracht. Der Dollarfuss wurde einige Wochen stabilisiert. Doch seit einigen Tagen hat ein neuer Marktwert eingeleitet. Die Marktwerte sind von neuem entwertet, und das wird die Arbeiter die Preise wird zu einem wilden Springen.

Die drohenden Gefahren des kommenden Winters haben die Arbeiter auf den Weg der Selbsthilfe gezwungen.

Da niemand den Schaffenden hilft, keine Gewerkschaftsinstanz, kein Magistrat, keine Regierungsinstanz, so müssen die Schaffenden sich selbst helfen.

Freilich, diejenigen, die keine Industriearbeiter sind, werden von den Schaffenden der Wirtschaft, den Industriearbeitern und den Krankenkassen gegen die klaffenbewussten Arbeiter gehetzt, gehetzt auch gegen die Betriebsräte, welche die Initiatoren zur Selbsthilfe ergriffen haben. Freilich, sie fürchten sich noch vor dem Kampf der Klassen, der Klassenkampf der Arbeiter und Lohnempfänger gegen die Klasse der Herrschenden, Kapitalisten und Zehner, die sich nur von der Arbeit der Werktätigen nützen.

Aber auch sie müssen begreifen, daß nur der Zusammenhalt aller Werktätigen eine Abwehr der Angriffe der Ausbeuter möglich macht.

Denn nur dem Angriff der Kapitalisten verdankt Ihr Eure Not!

Wer verteuert Euch die Kohlen? Sind es nicht jene Kohlenbarone, die ihre Preise auf die Höhe der Weltmarktpreise treiben, die ihre Kohlen ins Ausland verschicken und ihre Gewinne dazu?

Wer verteuert Euch das Brot? Sind es nicht jene Krustjunker, die weder die Umlagegetreide zu annehmbaren Preisen abliefern, noch auch nur überhaupt Getreide zu erschwinglichen Preisen abgeben wollen?

Wer teuert Euch die Mieten? Sind das nicht jene Hausarbeiter, die alle Kosten für Reparaturen, für Wasser, für Beleuchtung, Kanalisation und Reinigung auf Euch wälzen?

Wer macht Euch Arbeit, wer schuhwerk unerschwinglich? Und wer kann Euch Euer Dasein einigermaßen erträglich gestalten?

Niemand, als Ihr selbst!

Ihr könnt die wahn sinnigen Preise nicht bezahlen, auch für das Leben Notwendige nicht, für Brot und etliche Margarine!

Dann müßt Ihr Euch Einfluß verschaffen auf die Bildung der Preise.

Aber wer sollen wir das tun? Fragt Ihr. Dadurch, daß Ihr Euch zusammenschließt mit den Industriearbeitern, die die Produktion selbst unter ihre scharfe, miträuberische Kontrolle nehmen.

Aber wer wird uns auch nur Brot geben? werdet Ihr fragen. Ihr müßt, Ihr Frauen und kleinen Leute, Euch zusammenschließen mit den Industriearbeitern, welche von den Magistraten und der Regierung verlangen:

verbilligtes Brot, verbilligte Kohle für die Werktätigen, für die unbemittelte Bevölkerung

Aber wird denn der Magistrat und die Regierung uns geben, geben können, was wir brauchen? werdet Ihr fragen. Ihr seid am Verdingen und Exorzieren. Da braucht Ihr nicht zu fragen, ob sie Euch geben können. Sie können Euch geben, was Ihr an Lebensnotwendigem braucht, wenn sie es bei den Reichen, bei denen, die da hämeln, während Ihr verkommt, nehmen.

Das ist in kurzen Worten, was wir wollen, wir, der Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte, wir, die Beauftragten von vielen Millionen deutscher Industriearbeiter.

Und wir fordern Euch auf:

Schließt Euch unserem Kampfe an!

Laßt Euch nicht abschrecken durch die „Warnungen“ derrer, die lieber im Sumpfe der Barbarei verreden wollen oder Euch verreden lassen wollen, ehe sie Euch zum Kampfe für die elementarsten Forderungen aufzuweisen.

Laßt Euch nicht abschrecken, Beamte, Rentner, Soldaten, Politiken, Ihr alle, die Ihr Euch nicht als Proletariat haltet. Das Geld strömt über Euch herein, und Ihr werdet darin verfaulen, wenn Ihr nicht Euer Schicksal selbst in die Hand nehmt.

Und noch eins: Begreift, daß wir Industriearbeiter auch für Euch kämpfen. Allen Ausbeuteten wird unser Kampf dienen. Und alle, die ausgebeutet sind, müssen sich um unsere Sache kümmern!

Unsere Aufgaben haben wir uns selbst gestellt. Es sind die Aufgaben des Tages. Wir wollen nicht hungern, darum müssen wir die Verteilung der Lebensmittel und die Preisbildung in unsere Hand nehmen. Wir wollen nicht frieren, darum müssen wir die Verteilung der Kohlen und ihre Preisbildung in die Hand nehmen. Wir wollen nicht unbeliebt bleiben, darum müssen wir die Tarifverträge beschlagnehmen und ihre Verteilung in die Hand nehmen.

Das sind unsere ersten Aufgaben. Wir wollen den Müttern und den Säuglingen Milch und Zucker geben, und damit sie nicht ins Ausland verschoben werden, müssen wir sie beschlagnehmen und verteilen. Wir wollen denen, die in Wägen hausen, Wohnungen geben, und damit wir das können, müssen wir die Wohnungen der Reichen beschlagnehmen und an die Verteilen, die kein Dach über dem Kopfe haben. Das sind unsere ersten Ziele.

Und für diese Aufgaben und Ziele wollen die Arbeiter kämpfen. Unser Reichsbetriebsrätekonferenz, den die Industriearbeiter fordern, soll die britischen Kämpfe beeinflussen. Diesen Kampf müssen alle unterstützen, die keinen Ausweg finden aus der Barbarei, in die sie nicht das unerbittliche Schicksal trifft, sondern die Unfähigkeit einer herrschenden Klasse, die lieber Millionen untergehen läßt, als daß sie von ihrem Reichtum das geringste abgibt.

Unser Kampf ist der Kampf für alle Werktätigen! Werktätige, schließt Euch zusammen!
Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte.

An die Arbeiterschaft Deutschlands!

Auf Antrag einer ganzen Reihe von Betriebsräteauschüssen steht sich der Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte veranlaßt, den für den 22. Oktober angelegten Betriebsrätekongress am höchsten vier Wochen zu verschieben.

Die Betriebsrätebewegung hat im ganzen Reiche einen so starken Umfang angenommen, daß wir es für gerechtfertigt erachten, zur besseren teilweisen Vorbereitung des Kongresses und der Wahlen den Kongress später zusammenzutreten zu lassen.

Kollegen!
Seit der Aufruf der Berliner Betriebsräte und des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte ins Land gegangen, sind kaum sechs Wochen verstrichen.

Während diesen Wochen ist die Teuerung gewachsen. Keine der von der Regierung angekauften Maßnahmen gegen „Wucher und Schieber“ ist durchgeführt worden, keine kann durchgeführt werden.

Nur die Selbsthilfe der Arbeiterschaft kann der Arbeiterschaft nützen!

Und die Arbeiterschaft muß diesen Weg der Selbsthilfe gehen!

Arbeiter, Kollegen, Genossen!

Hier und dort haben sich Kontrollausschüsse gebildet, die notwendig haben, für die wertvolle Bevölkerung wenigstens einige Erleichterungen ihres unerträglichen Daseins zu erzwängen.

Auf diesem Wege müssen die Arbeiter fortschreiten, soll der Reichsbetriebsrätekongress etwas Positives leisten.

Die augenblicklichen Aufgaben für die Kontrollausschüsse liegen klar:

Für den Winter müssen Kartoffeln und Kohlen beschafft werden, Kleidung und Schuhwerk für die wertvolle Bevölkerung.

Mit diesen Aufgaben haben sich die Kontrollausschüsse vor dem Reichsbetriebsrätekongress zu beschäftigen.

Wo keine Kontrollausschüsse bestehen — dort müssen die Arbeiter sie sich schaffen.

Es gilt, die wenigen Wochen bis zum Reichsbetriebsrätekongress auszunützen und überall Organe der Arbeiterschaft zu bilden.

Es gilt, in Länderorganen, wie es der am 29. Oktober stattfindende Rheinisch-Westfälische sein wird, ebenso die mitteldeutsche Betriebsrätekonferenz in Halle am 5. November, die britischen Kontrollausschüsse zusammenzuführen, an nicht nur die Wahlarbeit zum Reichskongress zu organisieren, sondern vor allem jene wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu erledigen, die wir eben angelegt haben und wie es schon im ersten Brief der Berliner Betriebsräte klar vorgezeichnet war.

Kollegen, Arbeiter!

Es gilt, die Zeit zu nutzen! An die Großbetriebe ist es vornehmlich leicht heranzukommen. Aber deren Tätigkeit darf nicht bestehen in der bloßen Annahme von zunehmenden Revolutionen. Schafft Ihr Euch nicht Organe der proletarischen Selbsthilfe, so wird der Reichsbetriebsrätekongress ohnmächtig bleiben!

Dollar vormittags 10 Uhr: 2875 Mark

Erfahrt Ihr nicht auch die mittleren und kleineren Betriebe, erfahrt Ihr nicht auch die Landarbeiter und Kleinbauern — so merket Ihr die Kontrolle der Produktion auch nicht vollkommen durchzuführen imstande sein. Jeder Großbetrieb muß Patriarchale für die in seinem Bereich liegenden Klein- und Mittelbetriebe übernehmen und praktisch betätigen.

So haben vor der deutschen Arbeiterschaft so viele, so schwere Aufgaben, daß jeder klaffenbewusste Proletarier seinen Augenblick zu vertieren hat.

Alle Mann an die Arbeit, Kollegen!

Auf, zum Kampf um die Kontrolle der Produktion!

Auf, zur Vorbereitung des Reichsbetriebsrätekongresses!

Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte.

Der 15er-Ausschuss der Berliner Betriebsräte.

Die Reichsbetriebsrätekonferenz von Groß-Thüringen.

Konferenz der Thüringer Betriebsräte

Auch die Kleinbauern beteiligen sich

(Eigener Bericht.)

Erurt, 16. Oktober.

Vom Kontrollausschuss Erfurt einberufen, tagte am Sonntag, dem 15. Oktober, in der „Schweizerhalle“ zu Erfurt eine Betriebsrätekonferenz von Groß-Thüringen, die von 201 Betriebsräten aller Parteien aus 11 Orten besucht war. Kollege Grotte vom Reichsausschuss, der zur gleichen Zeit in Erfurt tagte, gab der Konferenz einen Überblick über die Betriebsrätebewegung im Reich und begründete zugleich einen Aufruf des Reichsausschusses zur Vertagung des Reichsbetriebsrätekongresses am vier Wochen.

In der Diskussion wandte sich ein Teil der Redner bestig gegen den Reichsausschuss des ADGB, von Groß-Thüringen, der trotz des stillschweigenden Drängens der Gewerkschaftsmitglieder sich weigerte, von sich aus eine Betriebsrätekonferenz einzuberufen, und nach der Einberufung dieser Konferenz durch den Kontrollausschuss Erfurt mit allen Mitteln diese Wegsamung sabotierte. Folgender Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Die heutige Betriebsrätekonferenz sammelt auf die höchste das Interesse des Reichsausschusses des ADGB, Groß-Thüringen in Bezug auf Einberufung einer Betriebsrätekonferenz für Thüringen und gelobt weiter, gegen den Willen des ADGB, einer Betriebsrätekonferenz und einzuberufen. Ferner beschließt die Konferenz, den Beschluß der ersten Betriebsrätekonferenz in Bezug auf Wahl von Bezirksvereinsratsmitgliedern durchzuführen, da von der Gewerkschaftsleitung der Reichsausschuss nicht werden will.

Besonders erfreulich war die Beteiligung der Kleinbauern, die mehr und mehr sich der großen Bewegung der deutschen Betriebsräte anschließen. Charakteristisch für die Vertagung dieser Schichten waren die Ausführungen, die ein Kleinbauer auf der Konferenz machte.

Er erklärte, daß die Arbeit unter den Kleinbauern gute Fortschritte machte. In mehreren Ortschaften, wie Hothheim, Giesbersleben, Nieß-Nordhausen, Schwandorn, Weichenborn, Dittelstedt, Schmirn und Mittelhausen wurden Kontrollausschüsse für Kleinbauern gebildet. Die Bauern ließen unter dem gleichen Druck wie das Industrieproletariat, sie gehen daher gemeinsam mit den Arbeitern gegen die Großbauern vor, die die Getreideumlage umgeben.

Die Kleingewerbetreibenden für Kontrollausschüsse

(Eigener Drahtbericht.)

Gieseborn, 17. Oktober.

In einer vom Magistrat Gieseborn einberufenen Sitzung der Gieseborn Kaufmannschaft und Gewerbetreibenden und dem Gieseborn Kontrollausschuss wurde nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 16. Oktober im Rathaus zu Gieseborn tagende Besammlung der Vertreter der Geschäftswelt und der Arbeiter erziehen die Reichsregierung um gefällige Richterklärung der Kontrollausschüsse der Verbraucher zur Kontrolle der Produktion im gesamten Reiche, um die Bewußerung und Ausbeutung der gesamten Arbeiterschaft ein Ende zu machen.“

Die christlichen Landarbeiter rebellieren

RR, Regensburg, 17. Oktober.

In einer Konferenz der christlichen Landarbeiter in Regensburg wurde dem bayerischen Bauernführer Dr. Heim ein Mißtrauensvotum erteilt, weil Heim in einer Versammlung zur „Kreislösung der Öffentlichkeit“ beigetragen habe, indem er die „Löhne als die Ursache der Teuerung und als den Bremsblock gegen den Preisabbau hinstellte“, andererseits aber mit seinem Wort die von ihm selbstgestellten Bauernjungen kritisierte. Die christlich organisierten Landarbeiter dürfen sich nicht begnügen mit papiernen Resolutionen, sondern müssen den „christlichen“ Führern, wie Dr. Heim, den Rücken kehren und Seite an Seite mit der übrigen Arbeiterschaft gegen die Teuerung kämpfen!

Wie gelassen und geheht wird

Für die bürgerliche Tagespresse waren die Vorgänge in Berlin natürlich ein gefundenes Fressen, um eine zügellose Hege gegen die Kommunisten zu inszenieren. Während die der Polizei officios inkompetenten bürgerlichen Korrespondentenbureaus die Ereignisse drücken, es seien zwei Schampottiere in der Hand, wurden mühsam am Montagmorgen die 2. und 12-1/2-Uhr-Mittagszeitung "melden" das beide "Wachmeister noch am Leben seien, aber je leben "schwer verunzert und noch an ihrem Aufkommen". Am Montagabend wird berichtet in einer Ecke berichtet, daß die beiden "Wachmeister glücklicherweise nicht verletzt" seien.

Die "Halbesche Zeitung", die nichts zu melden übrig läßt, wenn es sich darum handelt, die Arbeiterschaft zu verleumden, drückt unebenfalls folgende Eigenmeinung des WTB ab:

Für die Methode, die bei der Durchführung der kommunistischen Aktion eingeschlagen wurde, ist charakteristisch, daß der folgenschwerste Obmann des Berliner Obdistanzkomitees aus der Teilnahme an der Demonstration besonders aufgehoben worden. Aus den von der Kommunisten für die Affären gesammelten Geldern hat dieser Obmann 200 M., die Affären je 13.50 M. erhalten. Der Obmann und die Geldgeber wurden verurteilt.

Auch der durchsichtige Schwindel ist dieser bürgerlichen Hegepresse gut genug, um sie zu belächeln. Es liegt klar auf der Hand, daß es sich bei diesem "Obmann" nicht um ein von der Kommunisten Partei, sondern von der Abteilung 1A des Berliner Polizeipräsidiums gehaltenes Subjekt handeln kann.

Natürlich darf bei dieser Kommunistenhege auch das falsche "Glaubensbekenntnis" nicht fehlen. Es bräut ebenfalls die Entgegnung des WTB ab, obwohl kein Reaktorler bekannt geworden ist, das es sich um einen plumpen Schwindel handelt. Die Reaktorler und Genossen müssen das selbst schreiben und schreiben in richtiger Erkenntnis, daß nicht ihr eigener Fehler den Schwindel durchschauen: Wir betonen bereits, daß die vorstehenden WTB-Redaktionen als Tendenzberichte in gewissen Einzelfällen erraten sind.

Geht der "Vorwärts" in der übrigen doch die Kommunistenhege in gemeiner Weise mit betrieben hat, steht sich genügt, folgenden Bericht eines Augenzeugen zu bringen:

"Eine die Kommunistenaktion betreffende zu beschönigen, muß doch festgestellt werden, daß die Vernehmung des 'Bundes für Freiheit und Ordnung' einen recht bedauerlichen Charakter trägt. Man brauchte nur die in der Zeitung streuenden Teilnehmer anzusehen, um zu erkennen, was Gestirns Kind der neue Bund mit dem Namen ist. In der Hauptsache waren es Studenten, ehemalige Offiziere, verarmte Individuen, zumeist von jener Gattung, wie wir sie in der letzten Woche auf der Anlage des Staatsgerichtshofes bemerkt haben. Selbstredend sind hier nicht die Reaktorler in der Masse zu sehen. Der aus mehreren hundert jungen Burden bestehende sogenannte Saalzug war mit Knippen und Stöcken besetzt, auch wurde beobachtet, daß mehrere Personen Schußwaffen bei sich hatten, aus denen sie auch Schüsse abgaben, wobei es dahingestellt bleiben mag, ob es sich um wirkliche Reaktorler oder nur um sogenannte Schreckschützen handelt. Bei der Geht der Vernehmung, wurde vor dem die sehr hohen Justizbeamten kennzeichnend: 'Sollt die Taten nicht, hoch Tadel!' 'Nieder mit der Judenregierung!' So schrie sie ununterbrochen durch den Saal. Galten die Gerichte richtig sein, die denen sprechen, daß der neue Bund ein Sammelbecken für alle erfindlichen reaktionären Organisationsformen ist. Bei den Zusammenkünften mit den Kommunisten haben sich die Teilnehmer in den meisten Fällen als die Schlägertypen, so ist es auch bei der Meierei der Verurteilten auf der Seite der Kommunisten ist. Raffische Vagabunden, von denen ein heutiges Gegenstück zu erzählen weiß, daß sie die Wälle aufgeschicht hätten, das ist nicht anders. Er handelte sich auf Seiten der Kommunisten hauptsächlich um recht jugendliche Elemente, die allerdings fast erregt waren."

Ein anderer nichtberühmter Schwindel war die von der bürgerlichen Presse verbreitete Meldung, die Kommunisten hätten am Sonntagmorgen in aller Frühe in einem Hause der Burgstraße ein großes Sammelbecken errichtet, um die Arbeiter zu versammeln und zu organisieren. Tatsächlich wurde ein Sammelbecken errichtet, das unter dem Namen der Kommunisten großartig angelegt wurde. Es ist selbstverständlich, daß sich der proletarische Arbeiterbewegung für die Veranstaltung, vor allem für größere Zusammenkünfte, am liebsten Organisationsform bereit hält. Am Sonntag war glücklicherweise kein Sammelbecken errichtet, sondern sich die Arbeiter glichen bei 100 M. über zu einer Revision ihres Verbandsmaterials veranlassen hatten und so, als sie die Nachricht von den Zusammenkünften erhielten, zu Hilfe zu eilen in der Lage waren. Das war am 1. November, als die "Hilfslose" Samariter und die Zentralkommission aller etwa 40 Sammelbecken, davon ein Drittel bürgerlicher Verbandsmitglieder, die über die gute Art der Behandlung erkrankt waren, behandelt. Selbstverständlich hat man bei diesem "Reaktor-Samariter" Waffen gefunden, während die "Hilfslose" Samariter wurden mit Revolvern besetzt waren.

Die Kommunisten fordern die Disziplinierung des Berliner Polizeipräsidenten

(Ein kommunistischer Antrag im Landtag.)

Berlin, 17. Oktober.

Unser Antrag im Preussischen Landtag hat einen Antrag eingebracht, der zu dem blutigen Polizeisturz am vergangenen Sonntag Stellung nimmt und dessen sofortige Beatzung je heute im Plenum des Landtages verlangen wird. Der kommunistische Antrag erhebt gegen die Beatzung der beschafften Reichsrichter durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter schärfen Protest und fordert vom preussischen Staatsministerium:

1. den Berliner Polizeipräsidenten Richter sofort seines Amtes zu entheben;
2. alle wegen der Drohschuld-Demonstration verurteilten Arbeiter und Arbeiterinnen sofort aus der Haft zu entlassen und alle gegen sie anhängig gemachten Verfahren einzustellen;
3. den bei der Drohschuld-Demonstration beschädigten Arbeiter und Arbeiterinnen aus Staatsmitteln vollen Schadenersatz zu leisten;
4. den sogenannten "Bund für Freiheit und Ordnung" und alle übrigen konterrevolutionären Organisationen in Preußen sofort zu entlassen und anzulösen;
5. in allen Gemeinden Preußens sofort eine bewaffnete Ortswehr zu schaffen, die nur aus freiwillig geworbenen organisierten Arbeitern, Angehörigen und Beamten besteht.

Kommunisten werden verhaftet - Dreizehntausend beschlagnahmt

Am Montag in die geführten Demonstrationen, wurde keine Vermittlung in Kreisen der Kommunisten Verhaltungen vorgenommen. Darunter befinden sich keine Ausländer. Es steht jedoch fest, daß es den Kämpfern solche als Auswieser teilgenommen haben.

Diese Meldung ist ein Meisterstück erlogener Tendenzberichterstattung, die sich das offizielle WTB-Verhalten selbst. Während sich tatsächlich ergab, daß sich nur ein Verhafteter keine Ausländer, sondern ein hundertfünfzig beschuppt, daß solche als Auswieser teilgenommen haben. Es wird aber benutzt verweigert, daß es sich dabei nur um Subjekte handelt, die im Dienste der Reaktion und für Bewahrung "arbeiten". Das weiß

garbische Gehelber aller Länder, das von der Abteilung 1A, oder von irgendeiner monarchistischen Verhörzentrale dieser Wälle bekommt, daß sich nicht verurteilt, auch bei jeder Gelegenheit im Trüben zu wälzen.

Unter der verhafteten kommunistischen Funktionären befindet sich a. A. Max Birt, Redakteur der "Roten Fahne" und Vorsitzender der Stadträteorganisation, 2. K. Feiffer, Geschäftsführer der "Roten Fahne", 3. Arthur Boerner, Mitglied des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, 4. Bruno Kiesel, 5. Hermann Kintorff, 6. Fritz Heimann, 7. Max Koesler, 8. Fritz Zelle.

Im Laufe des Abends wurden dann noch etwa 30 Personen festgenommen und verhaftet, nachdem eine Durchsicht aller Räume der "Roten Fahne" stattgefunden hatte, wobei eine Menge "Material" beschlagnahmt wurde. Man sieht, der Sozialdemokrat Richter arbeitet der Klassenjustiz gut in die Hände.

500000 Mark für Angeberei

Berlin, 16. Oktober.

Im Laufe des Dienstags wird an den Angeberei folgenden Aufsatze erschienen:

500000 Mark Mark Besetzung.
Am Sonntag, dem 15. Oktober, ist es bei Zusammenrottungen vor dem Jirius Buisch zu Gewalttaten gekommen. 500000 Mark Besetzung werden ausgelegt für diejenigen, die nachlässige Angaben zur Ermittlung und Erstellung der Täter machen. Anspuch auf die Besetzung haben ferner auch diejenigen Personen, welche den Polizei die Verhaftung und Verhaftung der Teilnehmer in den Rottungen verdrängt haben, daß sie zur strafrechtlichen Beurteilung gebracht werden können. Nachdrücklich ist auf dieses vertraulich behandelt werden, nimmt die Abteilung 1A des Polizeipräsidiums an den Zimmern 244, 252 und 339, Sausanstr. 31, 274, 298 und 300 Oktober 1922.

Berlin, 16. Oktober 1922. Der Polizeipräsident, Abteilung 1A, J. H. Dr. Weib, Oberregierungsrat.

500000 Mark für den, der den Behörden die Möglichkeit gibt, Kommunisten in den Kerker zu bringen! Wahrlich, der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter vertritt sich Wert. Er weiß, was die Bourgeoisie von ihm verlangt. Wenn es gilt, Kommunisten in den Kerker zu bringen, parat die Sozialdemokrat nicht mit den Gesandten, die sich nicht nachgeben sind, wenn es gilt, soziale Unterdrückungen zu erfüllen. Dessenhalb wird zur Angeberei und zur Spitzelerei aufgerufen.

Nebenbei wiederholen wir unsere Anfrage an den Herrn Polizeipräsidenten: Warum verhaftet man nicht die Urheber der Gewalttaten vor dem Jirius Buisch, nämlich die Veranstalter der reaktionären Drohschuldparade?

Der Unterdrückungsfeldzug gegen die Betriebsrätebewegung beginnt!

Bei Schluß der Redaktion erhalten wir folgende Nachricht telephonisch übermittelte:

Gestern Abend sind in Berlin mehrere Verhaftungen von Genossen vorgenommen. Der Genosse Grothe vom Reichsausschuss der Betriebsräte, Stadträteorganisator Rosenber, der Reichsleiter von Berlin-Brandenburg, Genosse Gehlfie, der Genosse Fokrowitz, Genosse Ehrlich und der Genosse Kiesel sind verhaftet worden. Durch die Verhaftungen sind immer flarer, daß die Regierung und die Sozialdemokraten die Reichsbetriebsrätebewegung, die Bewegung der Selbsthilfe der Arbeiterklasse gegen Teuerung und Mangel, niederschlagen wollen.

Mit Hilfe Noskes zwei Mörder freigesprochen

Das Schöffengericht in Moabit verhandelte gegen den Leutnant a. D. Sigmond Cestalla und den Hiltner Wilhelm von Döhring, die am 13. März 1918 auf Grund des Moskauer Schießens des Händlers Droganoff in den Kiemerwerkler Berlin a. a. zwei mörderisch erschossen und so, als sie keine würdigen Kampfer herauszusagen. Das Gericht sprach beide Angeklagten auf Antrag des Staatsanwalts frei.

Das ist die richtige Illustration zu dem, was wir gerade jetzt erleben. Am selben Tage, an dem der sozialistische Polizeipräsident Richter sich bemüht, Material gegen die Kommunisten gegen Anführer des "Bund für Freiheit und Ordnung" zu beschaffen, ist die Ermordung von zwei unschuldigen Leuten geschehen, von den bürgerlichen Justizbehörden freigesprochen. Die Republik braucht jeden Arm zu ihrem Schutz, natürlich nicht gegen die Reaktion, sondern gegen die Kommunisten, und da ist es selbstverständlich, daß zwei erprobte Sozialistenrichter freigesprochen und ihrem Handwerk wiedergegeben werden.

Ebert gegen die Kritik der Weissen Justiz

Leipzig, 17. Oktober.

Beim Reichsgericht ist gestern der neue Reichsgerichtspräsident Ebert in einem Vortrag eingeleitet worden. Dabei hat Fritz Ebert eine Rede gehalten und u. a. folgendes erklärt:

Wohl ist es bisher das Geschick der Rechtsprechung, ihr wichtigstes Werk in der Stille zu tun, ohne Dank und Ruhm und beachtet nur dann, wenn berechtigtes oder unberechtigtes Mißfallen die Beachtung der Allgemeinheit auf sie lenkt. Um unsere Justizkritik steht es nicht, wie es im eine jede Kritik haben wird, die nur die schiefen Leistungen mit ihrem Tadel verzeichnen der guten aber mit keinem Worte der Anerkennung gedenken würde. Es sollte anders sein.

Die deutsche Justiz der letzten Jahre ist das Verdächtigste, was sich überhaupt in den Büchern der Justizgeschichte befindet. Die Justiz der Ebert-Republik hat das Recht in jeder Weise gehängt, die die Reaktorler ins Justizhaus geführt und die Wähler der Reaktion durch Preisprüche zu weiteren Morden angeleitet. Die Justiz der Ebert-Republik war und ist bürgerliche Klassenjustiz in der trasselen Form. Herr Ebert aber ist zufrieden mit seiner Justiz. Für ihn ist die Justizkritik ungerichtet und er wünscht, daß man der guten Leistungen der Justiz mit Anerkennung gedenkt. Ich durch die Willkür in den Prozessen vor den Sondergerichten bestanden Angeklagten, die 2 bis 20 Jahre in die Kerker und Krüger können sich in die Welt werfen. Das Gelächel der "wohltätigen" Justiz aus dem Munde des Sozialdemokraten Ebert trifft auch die, die bisher wegen ihrer Spruchspraxis aus der sozialdemokratischen Presse scharf kritisiert wurden!

Bom Kuhhandel zur Präsidentenwahl

WTB Berlin, 17. Oktober.

In einer Aussprache der Koalitionsparteien, der Deutschen und Sozialdemokratischen, der Engländer, Sozialisten bei den Wahlen zur Reichspräsidentenwahl, die im Oktober 1925 stattfinden werden, haben die Arbeiterparteien den Absichten der Reichspartei an, die sie nur dann zurückziehen wollen, wenn die Verwirklichung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen nicht möglich sei. Ein Vertreter der Sozial-

demokratie erklärte, daß nur eine Verfassungsänderung, die das jetzige Protokoll Eberts in ein verfassungsmäßiges Protokoll umwandelt, die Wahl unmöglich mache. Der "Vorwärts" teilte mit, daß die Reichspräsidentenwahl der Reichspartei nicht beizubehalten sei. Die Reichspartei gemacht Vorbehalt der Verwirklichung der Reichspräsidentenwahl im Prinzip gutheißt, falls sich die Verwirklichung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen zeitigeren lasse.

Danach scheint es bereits so gut wie beschlossene Sache zu sein, daß nach einer Veränderung der Verfassung der "ausgehende" Ebert ohne Wahl noch bis 1928 Präsident der demokratischen aller Republiken bleiben soll.

Was geht vor?

Die kommunistischen Abgeordneten Genossen Sobotta, Kogg, Schneider, Schönfeld, Garpenitz, Pflanz haben im Preussischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

Seit Anfang Oktober werden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Schuppelzeutruppen in größerer Zahl aus anderen preussischen Gebieten zusammengezogen. Dies geschieht, obwohl bei Beratung des Gesetzes, das die sofortige Befreiung von Mittel zur Durchführung der staatlichen Polizeiverordnung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet verordnet worden ist, es handle sich lediglich um die Übernahme der tatsächlich schon vorhandenen Polizeiträfte auf den Etat, daß also eine Erhöhung der Kapazitäten nicht vorgenommen werden solle.

Die Arbeiterschaft ist wegen der Zusammenziehung von Polizeiträften im rheinisch-westfälischen Industriegebiet stark beunruhigt. Sie befürchtet, daß das Unternehmertum ihren berechtigten Anforderungen nimmend noch größeren Widerstand entgegenzusetzen wird und daß es sich um die Vorbereitung einer Aktion handelt, wie sie im März 1921 gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft unternommen wurde.

Wie das Staatsministerium bereit, binnen 8 Tagen sämtliche seit Antritt des genannten Gesetzes nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet verlegten Polizeimannschaften zurückzuführen?

Der Belagerungszustand gegen die Devisenspekulation

Der heftige Kampf Fritz Eberts gegen den Marktzug mit Hilfe des Artikels 48 der Reichsverfassung hat zur Folge gehabt, daß der Dollar in New York am Freitag bereits wieder mit über 2000 Mark notiert wurde, er also fast seinen Höchststand von 3000 Mark erreicht hat. Dessenhalb kam die Stillfährigkeit der Reichsbürgerlichen Regierungsinstanten, die mit Maßnahmen a la Knippelung gegen den Kapitalismus vorgehen wollen, nicht bargetan werden.

Anwänden werden Stimmen laut, die selbst die unzulänglichen Maßnahmen Eberts noch als gefährlich für den "legitimen" Markt ansprechen. Die Handelskammern und Banken und Breiten lassen erklären, daß ein Eingriff in die Devisenspekulation den ganzen deutschen Exporthandel ruinieren und ihn in die Hände des Auslandes bringen werde. In diesem Protest kommen die Genossen der Handelskapitalisten zum Ausdruck, die im Gegensatz zum "Schwer- und Finanzkapital" der letzten Zeit bei dem Dollarkursrückgang und dem Belagerungszustand der Banken und Wechselbörse über internationale Verbindungen verfügen und die daher der Devisenkontrolle sich unterwerfen müssen.

Der Protest der Bremer und Hamburger Handelskammer findet nur ein Verweis darauf, daß die Notverordnung Fritz Eberts gegen die Devisenspekulation im Interesse des Schwere- und Finanzkapitals und der Banken und Wechselbörse begründet. Damit ist gleichzeitig erwiehen, daß Fritz Eberts Eingriff in die Wirtschaft mit Hilfe des Artikels 48 das Gegenteil von einem Angriff auf den Kapitalismus ist.

Dittmann und die Getreidemenge

Den "Vereinigten" brennt das Feuer auf den Nägeln, weil ihnen überall im Lande ihre Schuld an der Brotvermehrung und ihre Selbstverleumdung der großgrundigen Arbeiter von der Arbeiterschaft vorgehalten wird. Die WSD-Bresse muß deshalb schweigen was das Zeug hält, um die Schuld ihrer Partei zu bemänteln. Jetzt hat sich der ehemalige Unabhängige Dittmann dazu mißbrauchen lassen müssen, um in langatmigen Auseinandersetzungen, die das falsche Schwindelbilden der Vereinigten aus dem Auge des bürgerlichen Arbeiters, die Schuld an den verlangten Getreidepreisen den Kommunisten zuzuschreiben.

Dittmann legt langsam auseinander, daß auch die neue Preisfestsetzung für das Umlagegetreide die Profite der Agrarier schmälere, da die Preise für das kontingentierte Getreide immerhin niedriger sind als für das freigelegte Getreide. Dies zu leugnen, ist seinem Kommunisten eingeschrieben. Dittmann ist beunruhigt, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland begreifen, so daß sie auch bei niedriger Umlagenpreisen sehr gut leben können. Den Arbeiter dagegen trifft jede Erhöhung des Brotpreises sehr schwer, und zwar unmittelbar, doch noch verbeizend mittelbar, da die Verteuerung des Brotes, des größten Massenartikels, sich automatisch auf alle anderen Massenartikel überträgt und in Deutschland vermehrte Notenausgabe mit dem bekannten Wirkungen zur Folge hat.

Es ist daher für die Arbeiterschaft sehr wichtig, die Preise für das Umlagegetreide, auf deren Preisfestsetzung sie im Gegensatz zum freien Getreide einen Einfluß ausüben können, so niedrig als möglich festzusetzen, um die Gewinnrate der Agrarier, die diese beim Verkauf des freien Getreides machen und die der Arbeiter zu bezahlen hat, zu schmälern. Das ist der springende Punkt. Das hat übrigens auch die WSD-Bresse, wenn auch in anderer Form, den Agrarier vor der neuen Preisverhöhung wiederholt vorgehalten. Wenn nun der "Vorwärts" Dittmann nachdrückt, damit dieser die schändliche Saltung der sozialdemokratischen Parlamentarier mit Argumenten verteidigt, wie sie ähnlich die Bresse der Agrarier dem "Vorwärts" gegenüber vor der Preisverhöhung entgegengehalten hat, so ist dies nicht nur ein Zeichen der politischen Frigidität solcher "Revolutionäre", sondern fangeleitet zugleich die Methoden, die diese "Revolutionäre" in ihrer bewussten Verführung der Arbeiterschaft anzuwenden belieben.

Vorwärts geht's in Sowjet-Rußland

Inlandkündigung des Schiffsparks

Die Bresse erklärt die Notwendigkeit der Inlandkündigung des russischen Schiffsparks. Es ist bereits mit der Wiederherstellung von zwanzig großen Schiffen im Kronstädter Hafen begonnen worden.

Steigerung der Nachschubproduktion

Die Nachschubquellen in Sibirien haben das diesjährige Produktionsprogramm von 100 Prozent geleistet. Es sind 168 Millionen Rubel Nachschub gewonnen worden. In der Stadt Gorkum betrug die Leistung 90 Prozent.

Ausland

Wie Kemal Pascha mit dem englischen Kapital umgeht

London, 16. Oktober.

Die Regierung Kemal Paschas hat soeben die heimische Eisenbahnlinie von Smyrna nach Adin, die einer englischen Gesellschaft gehört, beschlagnahmt. Materialien der englischen Gesellschaft im Werte von 250 000 Pfd. Sterling wurden fortgenommen und der englische Direktor wurde nach Konstantinopel geschickt. Zur Zeit sind die türkischen Bahnen in der Provinz Adin, die die Strecke Konstantinopel-Smyrna betreibt, völlig unbeschädigt. Das ist wieder eine Auswirkung der englischen diplomatischen Niederlage im Orient.

